

Dokumentation des Workshops

„Stadt, Prostitution, Vertreibung – Vom schwindenden Recht auf Straße für Sexarbeiterinnen“

Teil II

Dokumentation der einzelnen Vorträge und Parallelworkshops

Stella Gaertner, Tina Habermann, Iris Nowak

„Konfliktlinien um Sexarbeit in St. Georg. Die überflüssigen, verworfenen, gefährlichen Subalternen & der alltägliche Rassismus“, Kathrin Schrader (TU Harburg)

Kathrin Schrader, Vorstandsfrau von ragazza e.V. und Promovendin an der TU Harburg in der Arbeitsgruppe Arbeit–Gender–Technik, eröffnete den Workshop mit einer Analyse zur Situation von Sexarbeiterinnen und ihrer Konfrontation mit dem alltäglichen Rassismus in St. Georg. Sie stellte gesetzliche Grundlagen und entsprechend differente Ausgangspositionen je nach Drogengebrauch, Staatsbürgerlichkeit und ökonomischer Angewiesenheit in der Sexarbeit in ihren Wechselwirkungen vor und setzt diese Regime in Bezug zu St. Georg und seiner stadtentwicklungspolitischen Situation. Frauen, die in Hamburg als Drogenkonsumentinnen und Sexarbeiterinnen auftreten, werden in ihrem Handeln kriminalisiert. Öffentliche Plätze, an denen Sexarbeiterinnen anzutreffen sind, wie zum Beispiel der Hansaplatz im Stadtteil St. Georg, werden kontinuierlich immer unzugänglicher für die Frauen. Maßnahmen wie Sperrgebietsverordnung, Gefahrengebiet und Waffenverbot ziehen Aufenthaltsverbote und vermehrte Kontrollen von insbesondere migrierten Frauen nach sich. Auf der anderen Seite finden Entmündigungen der Frauen statt. Die drogenkonsumierenden Sexarbeiterinnen werden als arme, kranke, ausgemergelte und handlungsunfähige Geschöpfe wahrgenommen. Die Sexarbeit wird auf körperliche Gewalt und das Bedürfnis nach Drogen reduziert. Die Arbeit, die ganz alltägliche Dienstleistung, wird dagegen nicht wahrgenommen. Als Folgen der Restriktionen sieht Schrader für die Arbeiterinnen eine erneut geschwächte Machtposition, Arbeit auf der Flucht vor der Polizei, schlechte Kundenauswahl und Drogenqualität und in der Konsequenz eine eingeschränkte Selbstbestimmung in der Arbeit.

Schrader arbeitet, wie sie im Vortrag darstellte, in ihrem Dissertationsprojekt „widersprüchliche Disziplinierungsanforderungen“ heraus. Von den Sexarbeiterinnen wird einerseits eingefordert, sich in die Obhut sozialer Einrichtungen zu begeben, andererseits wird ihnen deren Nutzung erschwert durch die repressive Verdrängung aus dem Stadtteil in dem sich die Einrichtungen befinden. Der Schwerpunkt Schraders Arbeit liegt auf der Herausarbeitung von Widerstandspraxen und Handlungsstrategien von Sexarbeiterinnen. Derlei Praxen gäbe es zahlreiche, sie gingen von Widersetzungen gegen Regulierungen und gegen Zuschreibungen, über das Suchen und Wahrnehmen von Schlupflöchern und Möglichkeiten hin zu gemeinschaftlichen Ansätzen der Arbeitsorganisierung. Die Wirkmacht rassistischer Abgrenzungen sei jedoch nicht nur in den polizeilichen Begegnungen den Sexarbeiterinnen gegenüber festzustellen, die entlang rassistischer Kriterien verstärkt Bußgelder ausstellen. Solche Abgrenzungen bieten auch vermeintlich für die *weiß*-deutschen Sexarbeiterinnen ein Angebot zur Aufnahme in die „Normalgesellschaft“. Die Folie, auf der Anerkennung durch Abgrenzung gegenüber den „Anderen“, also ein rassistisches „othering“¹, versprochen wird, zeigt die Macht rassistischer Diskurse, die auch unter den Kolleginnen und vor allem von bürgerlichen Anwohner_innen ausgeübt wird. Letztere fordern die Vertreibung der Sexarbeit auf Grundlage eines bürgerlich-*weißen* Gesellschaftsideals für St. Georg,

1 Begriff des „Different-Machens“. Spivak nach Castro Varela, Maria do Mar / Dhawan, Nikita 2005: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld, S. 60

das mehr als ein wenig „buntes Leben“ nicht auszuhalten vermag (vgl. auch Schrader 2011²). Um die Form des Rassismus zu benennen, mit dem gegen Sexarbeiterinnen argumentiert wird, verweist Schrader auf die Begriffe des Antiziganismus sowie des Balkanismus von Slavoj Žižek. Schließlich macht sie deutlich, dass sie die Frage danach, „was zu tun ist“ „auch nicht beantworten kann“, Denksätze vermag sie jedoch zu geben. So formuliert sie, dass auch soziale Einrichtungen innerhalb rassistischer Verhältnisse keine wahre Unterstützung zu leisten vermögen, solange sich weiße Hegemonien in ihnen, etwa durch weiße Mitarbeiter_innendominanz oder weiße Normalisierungsnormen widerspiegeln. Die Aufforderung von Donna Haraway, „eine Gemeinschaft zu gestalten, die auch Differenzen zuzulassen vermöge“ sowie Michel Foucaults Konzepte der Ethik des Selbst (Paraskeu) und der kritischen Widerrede (Parrhesia) stellen für Schrader mögliche Ansätze auf einem Weg der Parteilichkeit gegen gouvernementales Regieren dar.

„Links-feministische Perspektiven und Aktionsformen in St. Georg“ , Bündnis „Recht auf Straße“ (Hamburg)

Zwei Aktivistinnen des feministischen Bündnisses „Recht auf Straße“ stellten sich, ihre Aktionen und Motivation vor. „Recht auf Straße“ ist ein feministisches linksradikales Bündnis, das sich aus der „Dringlichkeit zur Unterstützung von Sexarbeiter_innen angesichts massiver Umstrukturierungen in St. Georg“ gegründet hat. Verstärkte polizeiliche Kontrollen und Beschneidung der Bewegungsfreiheit für Sexarbeiter_innen führten dazu, dass sich das Bündnis aus feministischer Perspektive an das Thema ausgehend von der Tatsache heranarbeitete, dass nicht die Sexarbeiter_innen und Drogenkonsument_innen das sogenannte Übel darstellen, sondern der gesellschaftliche Umgang mit Sexarbeit die Kriminalisierung befördere. So führe die Regulierung der Sexarbeit dazu, dass Frauen mit ungesichertem Arbeit-, Aufenthalts- oder Lebensstatus als die „Ehrlosen“ , von den regulierten Orten für Sexarbeit keinen Gebrauch machen können. Aus Sicht von „Recht auf Straße“ ist die Doppelmoral im Bezug auf Sexarbeit, mit der die Stadt Hamburg Repression legitimiert, nicht nachvollziehbar. Einerseits werde auf der Reeperbahn in St. Pauli mit der Erotikbranche repräsentativ der Stadtteil beworben, andererseits findet in St. Georg repressive Verdrängung statt. Durch die Vertreibungsbestrebungen verschlechtere sich die Situation der Sexarbeiter_innen offensichtlich, die Stadt ignoriere die Interessen der Arbeiter_innen. Die Verdrängung der Sexarbeit in St. Georg stelle sich explizit als eine Verdrängung der besonders Prekarisierten dar. Diese Politik unterteile „in „ehrbare“ und „ehrlose“ Sexarbeiter_innen und Räume“.

In erster Linie hat das Bündnis Öffentlichkeitsarbeit in Form einer Kampagne entwickelt, mittels derer auf die Missstände hingewiesen und eine gesellschaftliche Wahrnehmung erreicht werden sollte. Zu diesem Zweck organisierte das Bündnis eine Kundgebung und Infoveranstaltungen. Die „Recht auf Straße“-Aktivist_innen halten zudem eine theoretische Auseinandersetzung mit Machtstrukturen, die im Feld der Sexarbeit wirken, für notwendig. So wird die kapitalistische Ausbeutung in direkten Zusammenhang mit patriarchalen Machtstrukturen gesetzt. Perspektivisch wird das Bedürfnis nach mehr Austausch mit bislang wenig einbezogenen Sexarbeiterinnen geäußert.

In der Diskussion bestärkte eine Frau aus dem Projekt Hydra (s. Workshop 3) die Wichtigkeit der

² Schrader, Kathrin 2011: Biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte im Hamburger Stadtteil St. Georg. URL <http://www.feministisches-institut.de/biopolitischer-rassismus-der-buergerlichen-mitte-im-hamburger-stadtteil-st-georg-2/>

Auseinandersetzung mit den verschiedenen Herrschaftsverhältnissen, in deren Rahmung Sexarbeit stattfindet. Eine feministisch-intersektionale Auseinandersetzung finde sie begrüßenswert. Für sie sei daneben die Beschäftigung mit den Deutungsweisen und Verständnissen der Sexarbeiterinnen von ihrer Arbeit unerlässlich, um Abwehrreaktionen und Unverständnissen zu begegnen. „Formuliert eine Frau etwa, sie lebe über die Sexarbeit ihre Sexualität aus, so trifft das auch in linken Zusammenhängen oft auf Abwehr.“ Diskussionen und Gespräche innerhalb von linken Kreisen stellen für sie eine Notwendigkeit für die Erschaffung von solidarischen Bündnissen dar.

„Konflikte um Sexarbeit – global betrachtet. Was macht neoliberale Organisation von Städten mit Sexarbeit?“, Jenny Künkel (Uni Frankfurt)

Die Stadtplanerin und Promovendin der Politikwissenschaften Jenny Künkel betrachtete in ihrem Vortrag den Zusammenhang städtischer Neoliberalisierung und der Verdrängung von Prostitution. In der globalen Konkurrenz versuchen die Metropolen um die Ansiedlung von Mittelklasse und Unternehmen zu werben und sich für den Tourismus zu attraktivieren. Den Haushaltsertrag durch Steuern zu erhöhen, sei dabei ein nicht unwichtiges Ziel. Auf diese Weise stünden ökonomische Interessen vorne an, jedoch verschöben sich so auch Repräsentationen und Diskurse davon, wer denn DIE STADT bilde. Das Kräfteverhältnis verschiebe sich so. Ein Teil dieser Politik der Konkurrenz, Attraktivierung und Aufwertung sei das „Aufräumen der Städte“. Am New Yorker Times Square sei die Verdrängung der Sexarbeit diskursiv als „die Verhinderung der großen Kriminalität“ verkauft worden. Die Politik der Verdrängung sei jedoch nur eine mögliche neoliberale Strategie. Eine andere wäre die der Umarmung, der Einbettung. „Neoliberalismus ist per se nicht prüde“, so beschrieb es Künkel, er vermöge auch zuvor marginalisierte Gruppen zu integrieren, die potentiell verwertbar sind. Als neue „homonormativity“ (Lisa Duggan) würde diese Entwicklung bezeichnet, die einen Gegenpol zu „zero tolerance“ bilde. Soziale Ausschließungsprozesse finden weiterhin statt, doch gibt es auch ein Zelebrieren von Vielfalt. Unter dem Stichwort „tolerance index“ beschreibt Richard Florida das Aufkommen und die Verteilung von „Schwulen“ und „Migration“ in den Städten, so Künkel. Anhand dessen ließe sich Florida zufolge die künftige Prosperität von Städten ablesen.

Künkel stellt dar, dass neben dem Verdrängungsdiskurs dieser Vermarktungsdiskurs als zweiter in seiner Bedeutung für den Umgang mit Normabweichungen, wie etwa der Sexarbeit, diskutiert würde. Das Feld der Sexarbeit sei nach Künkel jedoch lange nicht neoliberalisiert, der Fürsorgegedanke gegen über den Sexarbeiter_innen, die grundsätzlich als Opfer gedacht werden, sei hier nach wie vor stärker.

Nach diesem Überblick über globale Diskurse in Bezug auf Sexarbeit und neoliberale Organisation von Städten nahm Künkel eine Einordnung einiger Städte und ihrer Konflikte in Bezug auf den Umgang mit Sexarbeit vor.

St. Georg beschrieb sie als auf Wettbewerb fokussiert und durch Programme der Quartiersentwicklung geprägt. Bestimmte, erwünschte Akteur_innen werden im Wettbewerb finanziell gestärkt. Der Hansaplatz stelle das Zentrum der Quartiersentwicklung dar. Ein Vertreter des Amtes für Stadtplanung sehe das Planungsziel in der „Rückeroberung des Platzes für Anwohner, (...) die eben nicht zur Szene der bierliebenden Menschen gehört (...) und die eben auch nicht Prostitution zum Ziel haben“. Diese Forderung nach Rückeroberung des öffentlichen Platzes stellt sich für Künkel klar als bürgerliche Forderung dar, deren Ziel die Verdrängung von Sexarbeit ebenso wie von armen Menschen ist. Künkel mahnt hier Aktivist_innen an, auf solche Forderungen kritisch zu blicken, denn auch wenn sie zunächst nach „reclaim the space“ klingen, so seien sie noch lange nicht per se emanzipatorisch. Es sei wichtig, zu prüfen, wer was wie sagt. So begrüßt sie „das framing von Recht auf Straße, das an die „Recht auf Stadt“-Bewegung anknüpft und so eine Linke anspricht“. Um tatsächlich emanzipatorisch zu sein, müsse dieser Konflikt jedoch

über einen Abwehrkampf hinausgehen. Die Benennung von Prostitution als soziales Thema vermöge unterschiedliche Akteursgruppen aufzurufen, es sei, so Künkel, darum notwendig, genau zu formulieren, wie eine Zielsetzung jenseits der Abwehr aussehen könnte. Die Intervention des Bündnisses und anderer Engagierter vermochte bisher an dem Ausmaß der Repression nichts auszurichten. Auch Künkel setzte der Verdrängungspolitik, die in St. Georg stattfindet, die Strategie der (partiellen) Vereinnahmungspolitik in St. Pauli entgegen. Dort sei eine bestimmte Form der Prostitution in die Stadtteilvermarktung eingebunden und bilde gewissermaßen eine Kulisse für den Tourismus. Die Vermarktung baut auf einer Exotisierung von einigen Bereichen der Prostitution, andere Teile des Gewerbes werden jedoch auch hier klar verworfen. Die Arbeitsbedingungen würden neben der Verbildlichung des Mythos dethematisiert.

In Berlin habe die Planung eines neuen Großbordelles Diskurse hervorgebracht und reproduziert, in denen die „alteingessenen Huren“ die „Guten“, die „Junkies“ die „Armen“ wurden und die dort erwarteten „Osteuropäerinnen“ als die „aggressiven“ stilisiert wurden. Auch soziale Einrichtungen reproduzierten in diesen Diskursen teilweise Rassismen in ihren öffentlichen Äußerungen. Künkel warf ein, innerhalb solcher Diskurse sei es wenig sinnvoll, die rassifizierte Personen ebenso als „Andere“ zu beschreiben, vielmehr sei es Aufgabe der Einrichtungen, „auf die strukturelle Ebene zu verweisen, auf einen aggressiven Kapitalismus, der zu aggressiven Strategien auffordert“. Letztlich sei der Konflikt eingeehrt worden, der Straßenstrich ist erhalten geblieben, auf der symbolischen Ebene habe dies aber auf Grundlage rassistischer Argumente stattgefunden.

Als letztes Beispiel führt Künkel Madrid an. Die Innenstadt sei ebenso „hipp“ wie „dicht“, das Rotlichtviertel liege mittendrin. Dieses Gebiet sei von der Stadt als Sanierungsgebiet ausgewiesen und in Folge für eine Immobilienfirma attraktiv geworden. Hohe Bodenpreise waren erwartbar. Die Firma trat als Initiative Gewerbetreibender auf, kaufte einige Läden und Cafés auf, die teilweise zudem Bordelle waren und gab dem Viertel einen neuen Namen. Die Vermarktungsstrategie „setzte auf einen kreativen Stil, der sich stellenweise sogar linksradikaler Symboliken bediente“. Es habe sich eine Gegeninitiative gebildet, die ihrerseits den Kampf auf symbolischer Ebene führte. Sie haben ihre Aktionen an die der Immobilienfirma angelehnt und Anwohner_innen und Akteur_innen des Quartiers strategisch einbezogen. Am Ende wurde ein Großteil der Sexarbeit verdrängt, auch wenn einige Frauen schließlich selbstständig im Gewerbe tätig sind.

Zusammenfassend kommt Jenny Künkel darauf zurück, dass es für politische Interventionen und Bündnisse immens wichtig ist, in Kämpfen für Sichtbarmachungen bestimmter Themen zu schauen, „welche Kompromisse dabei eingegangen werden“.

"Straßenprostitution und Nachbarschaften - Konfliktlinien und Lösungsansätze" – Ergebnisse einer Akteursanalyse auf dem Berliner Straßenstrich, Christiane Howe (TU Berlin):

Die Soziologin und Forscherin zu globalen Arbeits-, Geschlechter- und Migrationsverhältnissen referierte über ihr Forschungsprojekt „Nachbarschaften und Straßenprostitution“. Unter diesem Titel führte sie im Auftrag des Bezirks eine Studie rund um die Kurfürstenstraße in Berlin durch. Der dortige Straßenstrich war Konfliktthema zwischen Anwohner_innen und Sexarbeiterinnen. Mittels der Studie sollten die Probleme und Lösungsvorschläge von Anwohnerinnen, Gewerbetreibenden, Sexarbeiterinnen und soziale Einrichtungen evaluiert werden. Letztlich sollte sich eine Handlungsempfehlung für die Politik benennen lassen.

Ausgangspunkt ist für Howe die Tatsache, dass Berlin keine Sperrgebietsverordnung hat. Auch wenn der Bürgermeister Sperrzeiten und -zonen präferiere, sehe der Bezirk sich mit der Verordnung gezwungen, mit der Einrichtung einer Sperrzone auch eine Toleranzzone auszuweisen. Da das nicht gewollt sei, wurde bisher auf eine Sperrzone verzichtet. So ergebe sich die Notwendigkeit, Lösungen miteinander zu finden. Während in der Presse Themen wie „Schmutz“, „aggressives Ansprechen der Männer“ und die „Angst der Kinder“ im Vordergrund stehen, stellte Howe mit der Studie fest, die Sexarbeit selbst störe nur einen kleinen Teil der Befragten.

Über 43 Fragebögen ergab sich, dass je ein Teil der Befragten an tatsächlicher lösungsorientierter Zusammenarbeit bzw. nur an Ablehnungsbekundungen interessiert war. Der Großteil der Fragebögen gab Auskunft, dass sich die Befragten von Ruhestörungen gestört fühlen, der Sexarbeit aber nicht gänzlich ablehnend gegenüberstehen, sondern pragmatisch nach Lösungen schauen. Dabei stellte sich eine bürgerlich-konservative Vorstellung von bunter Vielfalt als vorherrschend heraus. Howe zieht das Fazit, es gäbe politisch keinen Willen, Orte für Sexarbeit zu schaffen, damit sich das Problem der Konflikte um die Arbeit aber nicht nur räumlich verschiebt, müsse eine solche Lösung geschaffen werden. Ob das nun Orte wie „Kölner Boxen“ sein könnten, das müsste mit den Frauen besprochen werden, so Howe. Es sei unsinnig, das Gewerbe anzubieten, den Raum aber nicht zur Verfügung zu stellen. Wege jenseits von Straf- und Ordnungsrecht müssten gemeinsam mit Bewohner_innen und Sexarbeiter_innen des Viertels erarbeitet werden. „Kulturelle Mediation“ stellt dabei für Howe eine wichtige Vermittlungsarbeit zwischen hiesigen Rechten und Arbeitsstandards sowie denen der Herkunftsländer dar.

Workshop 1:

Sexarbeit, Migration und Rassismus: Migrantische Sexarbeiterinnen in Linz und Hamburg

Mit Gergana Schrenk (Maiz, Linz) und Katharina Hille (indoors Hamburg), Sonja Obermüller (ragazza)

Als Ziel des Workshops wurde zu Beginn benannt, sich kritisch mit Positionen – und auch eigenen Haltungen in der Sozialen oder aktivistischen Arbeit – gegenüber migrierten Sexarbeiterinnen auseinanderzusetzen. Der oftmals gängigen Position, migrierte Frauen in der Sexarbeit seien wahlweise besonders verwerflich/bedrohlich oder aber besonders ausgeliefert/hilfsbedürftig, sollte im Rahmen des Workshops eine Haltung entgegengesetzt werden, die die Frauen als selbstbewusste und immer auch widerständige Arbeiterinnen erkennt.

Zum Einstieg wurde in der Vorstellungsrunde herausgearbeitet, dass der größte Teil der Anwesenden in den Herrschaftsverhältnissen von Rassismus und Klassismus selbst privilegiert sei. Auf diese Weise wurde das Workshopsetting als ein *weißer* Raum sichtbar.

Katharina Hille berichtete anschließend über das Projekt indoors, das Frauen unterstützend aufsucht, die auf Appartements sexuelle Dienstleistungen anbieten. Dabei setzt indoors die Arbeitsschwerpunkte Gesundheitsprävention, Information und Empowerment. Das Projekt ist Teil von dem EU Projekt Tampep, das Gesundheitsprävention unter migrantischen Sexarbeiterinnen zum Ziel hat. Hille stellte das Verständnis von Tampep dar, nach dem Prostitution als Sexarbeit und Frauenhandel als Gewalt verstanden und beides auf diese Weise als zwei differente Phänomene betrachtet werden. Dennoch erkenne sie in ihrer Arbeit die Frauen in ihrer prekären Situation an, die durch fehlende Rechte, oftmalige Isolation und die beständige Anforderung an ihre Mobilität forciert werde. In diesen Lebensverhältnissen wolle die Arbeit von indoors sich als stärkend anbieten. In einem Team von Krankenschwestern und kulturellen Mediatorinnen beschreibt Hille die Arbeit als „Arbeit *mit* und nicht *für* die Sexarbeiterinnen“. In ihrem Vortrag stellte sie zudem einige Statistiken zur Situation migrierter Sexarbeiterinnen vor.

Sonja Obermüller legte dar, dass ragazza den Drogengebrauch von Frauen als ein Verhalten betrachte, das zu einer bestimmten Lebensphase gehöre, und somit nicht als etwas, das in ihre Identität dauerhaft eingeschrieben ist. Sexarbeit als Arbeit zu betrachten, die unter anderem den Drogengebrauch, den Lebensalltag und die Wohnverhältnisse finanziert, trage einen wichtigen Teil zur Professionalisierung der Frauen bei. In der Sexarbeit spielen für Obermüller letztlich ähnliche Themen eine Rolle wie in der Sozialen Arbeit. So ginge es um Fragen der Abgrenzung zur Arbeit, um die Aushandlung von Nähe- und Distanzverhältnissen mit dem Gegenüber und um die Frage, wie viel die Arbeitenden sich als gesamte Person in die Arbeit einbringen.

Während indoors von einer hohen Fluktuation berichtete, erlebte ragazza, so Obermüller weiter, in der Straßensozialarbeit eine hohe Kontinuität auf dem Straßenstrich. Für sie stelle dieses Bleiben der Frauen auch einen wichtigen Teil ihrer Widerständigkeit dar.

Rassistische Argumentationen gegen Frauen, die als Osteuropäerinnen gesehen werden, beschrieb Obermüller im Hinblick auf die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland 2006. So wäre damals über die mögliche „Schwemme von Sexarbeiterinnen aus Osteuropa“ gesprochen worden. Diese Ängste und mit ihr rassistische Presse wie auch Gesellschaftsdiskurse hätten sich mit der EU-Osterweiterung 2007 fortgesetzt. Seit April dieses Jahres (2011) nun, würden besonders Frauen, die aus diesen Regionen migriert sind, von der Zuspitzung der Repression durch Bußgelder und Aufenthaltsverbote getroffen. Leider, so stellte Obermüller fest, gäbe es „auch unter den deutschstämmigen Sexarbeiterinnen teils antiziganistische Haltungen gegenüber vermeintlich osteuropäischen Frauen“. Die Repression gegen die migrierten Frauen sieht sie jedoch als Versuch der Spaltung in „(noch) Gute“ und „Böse“ Sexarbeiterinnen. Sie ist sich sicher, dass dann, wenn die aktuellen Verdrängungsversuche erfolgreich sein sollten, alsbald eine nächste Gruppe als die „Bösen“ konstruiert und verdrängt werde, bis schließlich der Straßenstrich aufgelöst sei.

Gergana Schrenk führte in die Situation der Sexarbeit in Österreich ein und machte deutlich, dass diese regional unterschiedlich sei, grundsätzlich aber der Sittenwidrigkeit unterliege. Die Konsequenz davon sei, dass die Arbeit nicht als Gewerbe anerkannt würde und Verträge zwischen Sexarbeiterin und Kunden somit keine Gültigkeit besäßen. Die arbeitsrechtliche Grundlage der Frauen sei entsprechend prekär, sie gelten oft als scheinselfständig. Andererseits unterlägen die Arbeiterinnen diversen Pflichten, wie etwa der Zahlung von Sozialversicherungen, von denen sie aber nur bedingt profitieren würden. Wöchentliche Untersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten wie mehrwöchentliche HIV-Untersuchungen seien verpflichtend und kosteten Geld. Bei Nichtbefolgung stünde eine Verwaltungsstrafe an. Während „der Straßenstrich in Oberösterreich mittels der Verhinderung von Autodurchfahrten faktisch geschlossen sei und die Arbeit vor allem in Laufhäusern und Appartements stattfindet“, habe es in Wien kürzlich Diskussionen um die Verlegung des Straßenstrichs gegeben. Nachdem dort eine „vehement auftretende Bürgerinitiative über rassistische Argumentationen und tätliche Angriffe“ auf die Arbeiterinnen den traditionellen Straßenstrich zu schließen vermochte, stünde die zugesagte Schaffung von alternativen Straßen bislang aus.

Die Organisation Maiz sei aus der Notwendigkeit der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrantinnen hervorgegangen. Angebote seien dann eingerichtet worden, wenn Migrantinnen diese einforderten. Ebenso wie Maiz auf Selbstorganisation von Migrantinnen aufgebaut sei, bildeten Partizipation und gesellschaftliche Veränderung wichtige Grundpfeiler ihrer Arbeit. Migrantinnen werden von Maiz verstanden als autonome widerständige Subjekte, deren Möglichkeiten jedoch oft eingeengt werden. Gesellschaftlicher Rassismus sei ebenso einschränkend, wie der hegemoniale Blick auf globale Migration und Arbeit. Schrenk stellte dar, dass migrierte Frauen im Gefüge des globalen Kapitalismus in der Sexarbeit ebenso prekär arbeiteten wie in Sorge- und Pflegeberufen. Das Ziel von Maiz sei deshalb die kritische Thematisierung globaler Arbeitsverhältnisse. In diesem Verständnis stelle Maiz sich gegen ein Bild der migrierten Sexarbeiterin als Opfer von „Frauenhandel“, da sowohl die Autonomie der Migrantinnen hierin verschwinde als auch die Folgen dieser Diskurse für Migrantinnen ausschließlich negativ seien. „Frauenhandel“ würde wahlweise als Migrations- oder als strafrechtliches Problem gesehen. Beides führe zu repressiven Lösungen wie einer polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung oder aber zu Abschottungspolitik, bei der Migrantinnen entweder als hilflose Opfer oder selbst Täterinnen – in dem Sinne des Ausländerrechts – gesehen würden. „Frauenhandel“ als moralisches Problem zu begreifen, verschärfe die Stigmatisierung und den Druck auf die Sexarbeiterinnen und Freier. Klandestines Arbeiten und ein Wegbleiben von Freiern verringere für die Sexarbeiterinnen die selbstbestimmte Wahl und verschlechtere auf mehreren Ebenen die Arbeitsbedingungen. Schrenk begründete damit, dass Maiz sich gegen das

abolitionistische „schwedische Modell“³ stellt. Nur wenn Sexarbeit über den Status als anerkannte Arbeit verfüge, erhielten die Arbeiterinnen die Möglichkeit, gute Arbeits- und Lebensbedingungen geltend zu machen.

Workshop 2:

Gentrifizierung und Sexarbeit – Amsterdam, Hannover und Hamburg - St. Georg im Vergleich

Mit Licia Brussa (Tampep, Amsterdam) und Claudia Lange (ragazza e.V., Hamburg) Cora Funk und Michaela Neumann (La Strada, Hannover)

Ziel des Workshops war ein Vergleich zwischen den Städten, in dem Parallelen aufgezeigt und Anregung zum Dialog gegeben werden sollen. Mögliche Perspektiven, Schwerpunkte und Forderungen sollten diskutiert werden.

Licia Brussa arbeitet seit 20 Jahren bei Tampep, einem Netzwerk von gemeinschaftsbasierten Dienstleistern, das 1993 gegründet wurde und in 26 europäischen Ländern kooperiert. Tampep Amsterdam verfolgt das Ziel, niederländischen und migrantischen Sexarbeiter_innen den Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem zu verschaffen und in der Sozialpolitik sowie der Gleichberechtigung zu fördern. Brussa arbeitet mit Sexarbeiterinnen und setzt sich für deren Rechte ein. Sie wirkte dabei an den Kampagnen für die Legalisierung der Sexarbeit in den Niederlanden mit. Brussa konstatierte, es gäbe in Europa keinen einheitlich regulierten Umgang mit Sexarbeit. In Amsterdam ist der Akt der Prostitution nicht mehr strafrechtlich verfolgt, da diese am 1. Oktober 2000 legalisiert wurde. Trotz der Errungenschaft der Legalisierung gäbe es weitere Faktoren, die die Sexarbeit in den Niederlanden und eben auch in Amsterdam nach wie vor schwierig gestalten. Lizenzobligation, persönliche Registrierungen an festgelegten Orten und eine Kundenbestrafung bei Inanspruchnahme von Diensten nichtregistrierter Frauen erschweren für viele Frauen ein selbstbestimmtes Arbeiten.

In ihrem Beitrag zu den Zusammenhängen von Prostitution und Stadtentwicklung erklärte Brussa anschaulich die bisweilen absurden rechtlichen Grundlagen, die erfüllt werden müssen, wenn der Arbeit legal nachgegangen werden soll. Amsterdam und die Entwicklung seines „Rotlichtmilieus“ betrachtete Brussa historisch, um die heutige Stadtentwicklung und Handhabung der Sexarbeit in Amsterdam verstehen zu können. Brussa zeigte historische und heutige Parallelen der Stadtentwicklung und dem Umgang mit Sexarbeit auf und stellte dar, wie die Sexarbeiterinnen sich – trotz der kontinuierlichen Repression – immer wieder zu etablieren wussten.

Seit dem Mittelalter gibt es nachweislich Prostitution in der Hafenstadt Amsterdam mit ihren fluktuierenden Besuchern. Die früheren Vergnügungsviertel mit Musik, Tanz, Spiel und Freudenfrauen sind immer noch die gleichen Orte wie heute. Das sogenannte „Rotlichtmilieu“ befindet sich im Stadtkern. Die berühmten Schaufenster in diesem Viertel waren jedoch nicht immer gesellschaftlich akzeptiert. Zwischenzeitlich gab es Perioden der Toleranz, dann wurde der Umgang mit Prostitution erneut reformiert und die Frauen durften nur in Hauseingängen stehen – die heute eben als Schaufenster die gleichen sind. Zeitweise baten sich die Sexarbeiterinnen als Folge der Kriminalisierung ihrer Arbeit in Deckgeschäften, wie zum Beispiel Tabakläden, an. Um die 1960er Jahre wurde das Gewerbe wieder toleriert und entwickelte sich über die Jahre hinweg zu dem heutigen Vergnügungsviertel, das nun zudem innenstädtisches Ausgehviertel ist.

3 Hiermit ist ein Verbot des „käuflichen Erwerbs sexueller Dienste“ gemeint, wie es etwa in Schweden praktiziert wird. Durch eine Freierbestrafung wird die Sexarbeit jedoch nicht aufgehoben, sondern lediglich prekariert, so Maiz.

Die Legalisierung der Prostitution führte dazu, dass sich die heutige Anzahl an Sexarbeiterinnen in Amsterdam auf zehntausend schätzen lässt. Hinzu kommen weitere Beschäftigte in der Erotikindustrie, wie dem Pornogeschäft oder Tänzer_innen und Stripper_innen.

Mit der Legalisierung wurde ein Lizenzsystem erstellt, das die angebotene Sexarbeit in Amsterdam der Kontrolle und Besteuerung zuführen soll. Diese kommerziell konzipierte Verwertung zog weitere Veränderungen nach sich. Mit der Legalisierung fielen viele Orte für Prostitution weg, es gab eine Inflation von Preisen und die Kosten von Sexarbeiter_innen und Bordellbesitzern durch Steuern, Krankenversicherungen sowie Verwaltungskosten sind massiv angestiegen. Ca 50% der Prostitutionsbezirke sind aufgrund kommunaler Verfügungen geschlossen worden und migrierten Sexarbeiter_innen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis ist es nicht mehr gestattet zu arbeiten. Das Viertel verliert für Sexarbeiter_innen an Attraktivität, da mit der rechtlichen Regulierung vermehrt Polizeikontrollen stattfinden. Dies führte zu einer geografischen Ausbreitung und Verlagerung der Erotikindustrie in illegalisierte Arbeitsverhältnisse. So herrscht eine gesteigerte Konkurrenz auf engerem Gebiet zwischen den verschiedenen Erotikbranchen. Die Preise für sexuelle Vergütungen sind allerdings in den letzten 10 Jahren nicht angestiegen.

Durch die rechtliche Situation besteht die Gefahr, dass Stadtverwaltungen (z.B. Amsterdam) eine Null-Toleranz-Politik gegen Sexarbeit verfolgen.

Tampep fordert entsprechend, in städtischen Entwicklungsmaßnahmen ökonomische und soziale Faktoren einer Stadt zu berücksichtigen. Vorschriften, Prohibitionen und eine Kriminalisierung der Freier sind deutlicher Ausdruck davon, dass „sich die Stadtpolitik wegbewegt von einer toleranten Haltung hin zu einem kontrollierenden Bestrafungssystem“.

Claudia Lange von ragazza stellt ihre Arbeit für drogenkonsumierende, sich prostituierende Frauen in Hamburg St. Georg dar. Die akzeptierende Sozialarbeit und Deutschlands einziger Drogenkonsumraum exklusiv für Frauen macht ragazza für viele Frauen zu einem wichtigen Anlaufpunkt. Außerdem beschrieb Lange Stadtentwicklungsprozesse und Gentrifizierung sowie deren Auswirkungen auf „als im Stadtteil unerwünscht“ deklarierte Personengruppen. Lange arbeitete heraus, dass für das Quartierentwicklungsprogramm Hansaplatz / St. Georg von der Stadt drei „Problemgruppen“ bestimmt worden seien, die Alkoholiker-Szene, das Drogenmilieu und die Prostitution. Nachdem ordnungspolitische Maßnahmen wenig griffen, sei auf klassische Stadtteilumkonzipierungen gesetzt worden. Sanierungen, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und exklusiver Einzelhandel brachte Veränderungen der Bewohner_innenschaft mit sich. Verkehrsbeschränkende Maßnahmen sollten den Freiverkehr unterbinden und die Entfernung von Sitzgelegenheiten sollten Gruppen davon abhalten „abzugammeln“. Das Hamburger Polizeigesetz ermöglichte die Festlegung von Gefahrengebieten, Personalienkontrollen und Waffenverbotszonen. Erhöhte Bußgelder gehen einher mit den Verschärfungen. Von seitens der Polizei und anderer Ordnungsmächte wird eine Spaltung der Frauen in „drogengebrauchend“ und „migrantisch“ versucht – dabei werden die migrantischen Frauen verstärkt mit Bußgeldern verfolgt – die drogengebrauchenden Frauen mittels Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (Platzverweise, Aufenthaltsverbote und Ingewahrsamnahmen) repressiv behandelt. In der aktuellen Politik zu Drogenkonsum / Sexarbeit steht die Kriminalisierung vor sozialen Angeboten. Die Repression fuße nach Lange nicht auf tatsächlichen Gefährdungen, sondern auf einem konstruierten Sicherheitsgefühl. Eine Verdrängung von Drogen- und Prostitutionsszene in abgelegene Gegenden habe die Folge, dass die Arbeiterinnen sich weniger frei und sicher bewegen und nicht auf Anlaufstellen zurückgreifen könnten.

Cora Funk und Michaela Neumann von dem Frauenprojekt La Strada Hannover berichteten Ähnliches. Durch extreme Verkleinerung des legalen Straßenstriches 2005 steigen Konkurrenzdruck und Konflikte. Viele Frauen würden in Industriegebiete ausweichen, in denen es an Infrastrukturen mangle. Auch die Stadt Hannover greife auf Kontrollen und Repression zurück, was Preisminderungen und ein erhöhtes Risikoangebot befördere. Um an Lösungen für die verschlechterten Arbeitsbedingungen zu arbeiten, trifft sich derzeit eine Planungsgruppe aus

Verwaltung, Polizei und Fachpersonal. Sozialarbeiterinnen vermochten dieses Gremium zu nutzen, um die Bedürfnisse der Sexarbeiterinnen vorzutragen, woraus schließlich auch kleinere der geforderten Ansprüche umgesetzt worden seien.

Trotz unterschiedlicher rechtlicher Grundlagen wurden Parallelen zwischen den Städten deutlich. Die angestrebte städtische Strahlkraft wird sozialen Aspekten – wie der Ermöglichung guten Arbeitens für alle Sexarbeiter_innen – vorangestellt. Allerorts findet eine Verlagerung der sogenannten „auffälligen Personen“ mit der Konsequenz einer erhöhten Gefährdung der Arbeiter_innen und keine Verbesserung der Situation statt. Alle drei Projekte plädierten für einen sozialeren Umgang mit der Sexindustrie und fordern, die Kriminalisierungen auszusetzen.

Workshop 3:

Politische (Lobby)Arbeit im Kontext der Sexarbeit – Grenzen und Möglichkeiten aus Sicht der Projekte Hydra e.V. (Berlin), Kober (Dortmund) und ragazza (Hamburg)

Mit Simone Kellerhof (Hydra, Berlin), Kirsten Cordes (Beratungsstelle Kober, Dortmund), Gudrun Greb (ragazza)

Simone Kellerhof von Hydra Berlin leitete ein, dass der heutige von Sexarbeiterinnen, Anwältinnen, Ärztinnen und Sozialarbeiterinnen getragene Verein 1985 aus der Hurenorganisation heraus entstand. Eine Selbstorganisation erschien damals notwendig, um auf den gesellschaftliche Umgang mit Sexarbeit politisch reagieren zu können. Die von Sexarbeiterinnen und sozial engagierten Frauen begonnene Arbeit hat sich zunehmend professionalisiert und wird inzwischen vom Berliner Senat mitfinanziert, da HIV-Präventionsarbeit geleistet wird. Das Hauptziel der Arbeit von Hydra ist auf Antidiskriminierung ausgelegte Öffentlichkeitsarbeit, die auf gesellschaftliche Akzeptanz der Sexarbeit hinarbeitet. Am 2. Juni, dem internationalen Hurentag, machen die Hydra-Aktiven jedes Jahr einen Gang durch diverse Bordelle in Berlin, in denen Sexarbeiter_innen über ihre Arbeit berichten. Das Verhältnis im Verein, in dem weniger die selbstorganisierten Sexarbeiterinnen, sondern meist die angestellten Sozialarbeiterinnen Repräsentationsaufgaben übernehmen wie auch das *weiß*-Deutschsein des Vereins erachtet Kellerhof als Manko. Kellerhof betonte, „Lobbyarbeit gestaltet sich sowohl aus Arbeit *für* Sexarbeiterinnen wie auch als Arbeit *von* Sexarbeiterinnen“.

Weiterführend berichtete Kirsten Cordes von der Beratungsstelle Kober über Entwicklungen in Dortmund. Die Beratungsstelle für Straßenprostitution Kober sei in den 1980ern entstanden durch Studentinnen, die Sexarbeiterinnen aufsuchten, um Gespräche zu führen und Erstversorgung zu machen. Zu dieser Zeit sei der Straßenstrich gerade aus dem Innenstadtbereich verdrängt und von den Sexarbeiterinnen in einem Wohngebiet wieder angesiedelt worden. Es folgten Beschwerden von Anwohner_innen, die Verlagerung in ein Industriegebiet und letztlich 2000 die Legalisierung des Straßenstrichs. 2007, mit der EU Osterweiterung, gab es eine erhöhte Migration von Sexarbeiterinnen aus Bulgarien. Die Presse berichtete von da an ausschließlich negativ und die politischen Entscheidungsträger_innen richteten sich neu aus. „Da wurde auch klar gesagt, der Straßenstrich müsse geschlossen werden, weil die ganzen Kriminellen, die Roma herkommen“, so Cordes. Diese Stimmung stützte sich vor allem auf die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland, da zu diesem Anlass an dem Autostrich spezielle Kabinen für die Sexarbeiterinnen aufgestellt wurden, in denen sie ihrer Arbeit nachgehen konnten. Den Kabinen folgte ein großer Aufschrei, Menschenhandel würde auf diese Weise gefördert werden. Cordes berichtet von Presseartikeln, die ausschließlich von „Kriminalität“, „Kinderprostitution“ und „Ekelhäusern“ sprachen. „Die Bilder, die durch die Presse gesetzt wurden, sind teilweise so stark bei der

Bevölkerung verankert, da können die Sexarbeiterinnen noch so tough und selbstbewusst auftreten, das wird ihnen dann nicht geglaubt“. Der Bürgermeister äußerte in Folge, er werde das Viertel „aufräumen“ und so wurde 2011 der Straßenstrich illegalisiert. Sexarbeiterinnen, die ihren Arbeitsplatz einforderten, demonstrierten daraufhin zum Rathaus, die stadtpolitische Entscheidung konnten sie jedoch nicht umstoßen. Es habe eine Verlagerung in andere Städte oder Wohnungen, also ein Rückzug in individualisierte Arbeitsplätze stattgefunden, was immer auch die Gefahr der Gewalt gegen die Sexarbeiterinnen während der Ausübung ihrer Tätigkeit erhöht

Gudrun Greb von ragazza ergänzte ihre Erfahrungen mit Presseberichten. Es habe im letzten halben Jahr unglaublich viel Presse zu St. Georg gegeben. Es sei über Zwänge, über „erbärmliche Zustände“ berichtet worden. Die BILD-Zeitung habe quasi eine Kampagne geführt. Die Nähe der Springerpresse zu lokalen Politiker_innen ist in St. Georg hinlänglich bekannt. Interessenslagen vermischen sich dabei häufig, da auch Politiker und bekannte Journalisten Häuser und Wohnungen direkt am Hansaplatz besitzen. Gudrun Greb erläuterte weiter, St. Georg sei diskursiv das Schmutzgewerbe, während St. Pauli als Vergnügungsviertel gelte und der Bezirksamtchef sogar verlauten lassen habe, wenn es dort keine Prostituierten mehr gäbe, müsste die Stadt Statistinnen einstellen. Nach der Hamburger Sperrgebietsverordnung ist einzig das Anbieten der sexuellen Dienstleistung auf der Straße verboten, die Umsetzung in Innenräumen ist es nicht. Während es einen Runden Tisch – unter anderem mit ragazza – zur Frage der Verbesserung der Situation des Straßenstrichs gegeben habe, tagte offenbar parallel ein Gremium, das die Erhöhung – Vervierfachung – der Bußgelder mit dem Zwecke der Verdrängung des Gewerbes beschloss. Das erste Bußgeld liege bei 200 Euro plus Verwaltungsgebühren, nach dem dritten gebe es dann eine Strafanzeige. Hintergrund hiervon sei eine erfolgreiche Klage einer Sexarbeiterin, die gegen ihre Ingewahrsamnahme angegangen war. Der Richter habe ihr darin Recht gegeben, dass es bei einem geringen Bußgeld unverhältnismäßig sei, nach mehrfachem Verstoß in Gewahrsam genommen zu werden. Dies sei anders, so gibt Greb die Urteilsbegründung wieder, wenn dieses Bußgeld etwa vierfach höher wäre. Seit Jahresbeginn gäbe es eine interne Anweisung, die besage, dass schon die Personen gegen die Sperrgebietsverordnung verstoßen, die jemals als Sexarbeiterin bekannt gewesen sind und die, die den Anschein machten, dieser Arbeit nachzugehen. Die Verdrängungsbestrebungen setzt Greb in Zusammenhang mit Stadtentwicklungspolitiken. In diesem Stadtteil habe es die meisten Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und die Ansiedlung großer Unternehmen gegeben. Ebenso sei die Hotel- und Kulturgegend ein Tourismusmagnet. Diese Faktoren tragen zu Interessengruppen bei, die den Straßenstrich loswerden wollen. Die Unterteilung in „gute“ und „böse“ Sexarbeiterinnen versuche eine Spaltung der Arbeiterinnen vorzunehmen. Momentan seien in St. Georg die Besucherinnen von ragazza nicht als „böse Täterinnen“ im Blick, sondern als Unterstützungsbedürftige, dagegen werden die migrierten Frauen als „schlimme Kriminelle“ in die Diskurse eingebracht, analysierte Greb.

In der Diskussion wurden die Ermöglichung von Kontakt mit Sexarbeiter_innen als Chance zum Abbau von Vorurteilen wie auch die wiederkehrende Frage nach Freiwilligkeit der Arbeit angerissen. Greb zog hier das Fazit: „Ich geh nicht mit, wenn gesagt wird, das sei eine Tätigkeit, die bestimmte Frauen oder Menschen nicht ausüben wollen. Ja, ich will auch manchmal viele Sachen nicht“. Simone Kellerhof macht sich für eine Lobbyarbeit stark, die auf politische und gesetzliche Grundlagen abzielt. Sie kritisierte, dass dem Prostitutionsgesetz keine entsprechenden arbeitsrechtlichen Schritte, wie etwa eine Berufsgenossenschaft der Sexarbeiter_innen, gefolgt seien. Dort gelte es Standards und Zertifizierungsmöglichkeiten zu beschließen. Ziel von politischer Arbeit könnte demnach eine Unterstützung schon jetzt organisierter Sexarbeiterinnen bei der Gründung einer Berufsgenossenschaft sein. Schließlich kristallisierte sich auch in diesem Workshop heraus, dass Bündnisse auch immer deshalb schwierig sind, weil wenige Menschen sich eine emanzipatorische Position zu dem Thema erarbeitet haben und es ohne diese Grundlage schwer möglich sei, politisch nach Außen zu treten.

Abschluss-Podiumsdiskussion zu Perspektiven

Innerhalb von fünf Minuten – so die schwierige Aufgabe – sollten abschließend einige der Referentinnen darlegen, welchen Ansatzpunkt sie für zentral halten, um die gesellschaftliche Situation für Sexarbeiter_innen verändern zu können.

Als erstes hob Gudrun Greb den Punkt der gesellschaftlichen Anerkennung von sexueller Dienstleistung als Arbeit hervor. Auf diese Weise würde „eine Tätigkeit, die bislang im Dunkelfeld ist, ins Hellfeld gelangen“. Nicht Kriminalität, sondern Arbeitsrechte wären dann das Thema. Diese Anerkennung habe dann bestärkende Auswirkungen innerhalb diverser weiterer gesellschaftlicher Felder, und damit direkte Auswirkung auf die Lebensumstände der Drogen konsumierenden Sexarbeiterinnen. Der Kampf für diese Anerkennung könne für ragazza jedoch nur über Bündnisse mit denen stattfinden, die auch am gesellschaftlichen Rande sind, und solchen, die dabei dennoch gesellschaftliche Sprechpositionen innehaben.

Gergana Schrenk von Maiz schloss sich an und setzte strategisch auf die Thematisierung von „Sexarbeit in einer Reihe prekarisierter Dienstleistungsverhältnisse, in denen vor allem Migrantinnen als Subjekte der Arbeit anzutreffen sind“. So sieht Maiz es als zentral an, Bündnisse globale Migrations- mit globalen Arbeitsverhältnissen zusammenzudenken, wenn eine Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit erreicht werden soll. Dabei gelte es in Bündnissen sowohl *weiße* privilegierte Positionen zu reflektieren, wie auch anzuerkennen, dass der Entschluss von Frauen zur Migration innerhalb restriktiver Grenzregime immer auch eine aktive wie subversive Handlung sei.

Licia Brussa von Tampep Amsterdam ermahnte, einzig eine gesetzliche Anerkennung helfe einer Vielzahl der Sexarbeiter_innen wenig weiter, da sie alltäglich von diversen weiteren Regimen der Macht betroffen seien. Aus diesem Grunde sei es notwendig, die „Selbstorganisation der Sexarbeiter_innen unter Einbezug von Communities“ zu fördern. Parallel habe sich zudem eine Unterstützung durch rechtliches Expert_innenwissen ebenso bewährt wie eine multidisziplinäre Einbeziehung von Interessensgruppen.

Jenny Künkel schloss die Podiumsrunde mit der Ermutigung ab, Sexarbeit als Thema generell zu stärken, da sich immer wieder ein Unbehagen durch die scheinbare Fremdheit des Feldes äußere. Eine kontinuierliche Lobbyarbeit losgelöst von konkreten Konflikten könnte sich als hilfreich für die Erarbeitung eines stützenden Hintergrundes erweisen. Dabei ist Sexarbeit als Aushandlungsfeld für Herrschaftsverhältnisse zu sehen, mit denen also auch stets umzugehen ist. So müssten Sprecher_innen kritische Argumente parat halten, um nicht in Fallen hegemonialer Diskurse zu tappen. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse zu thematisieren könne zudem von der Gewerkschaftslinken eingefordert werden, deren Aufgabe es dann wäre, in neoliberalen Verhältnissen zu fragen, welche Arbeit denn „zumutbar“ sei. Auch wenn dieser Weg durchaus Fallstricke böte, kämen Sexarbeiter_innen so aus ihrer Rolle der absoluten Opfer heraus und könnten mit anderen Prekarisierten für ein neues Selbstbewusstsein und bessere Bedingungen kämpfen.

In der anknüpfenden Diskussion betonte Licia Brussa aus Amsterdam erneut die Wichtigkeit übergreifender Bündnisse zwischen Vertreter_innen von Religion, Politik, Interessensgruppen, Stadtplanung, Wissenschaft, und Sexarbeiter_innen. Hydra knüpfte an, es gäbe ja schon die Netzwerke von Sexarbeiterinnen, an die sich gehalten werden könne. Auch eine internationale Vernetzung im Sinne von Austausch ebenso wie für Lobbyarbeit müsste unterstützt werden. Ein Mitarbeiter des Basis-Projekts für männliche Sexarbeit fügte die Notwendigkeit des Einbezugs der Kunden der Sexarbeit an. Ragazza bekräftigte, dass diese es seien, die in einem nächsten Schritt mit dem geplanten Kontaktabbauverbot in Hamburg- St. Georg getroffen würden, dass sie sich hierzu aber nicht einbrächten.

Es wurde verdeutlicht, dass politische Arbeit in unterschiedlichen Feldern wichtig sei. In diesem Sinne schloss Gudrun Greb von ragazza mit dem Statement, „ich denke fast, es ist egal, an welcher Stelle wir ansetzen. Wenn es aber endlich eine gesellschaftliche Anerkennung der Sexarbeit gibt,

dann hat die ihre Auswirkungen auf alle Sexarbeiterinnen unabhängig davon ob es sich um Auseinandersetzungen um die Sperrbezirksverordnung oder um rassistische Diskriminierungen, um Benachteiligungen oder auch um ihre Ängste in der Position als Mütter und/oder um Drogengebraucherinnen handelt.“